

43 550 4963
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/174

Bonn, den 13. September 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
2	Rechtszersplitterung ----- Pressegesetzgebung steht am Scheideweg	74
3 - 3a	Der große Betrug ----- Die "Wahlen" in der Zone - Mißachtung des Selbstbestimmungsrecht Von Kurt Mattick MdB	86
4	Hamburger Hafen auf Kundenbesuch ----- Ostseefahrt der "Wappen von Hamburg" Beteiligung an Messen und Ausstellungen Von Rudolf Hornig	45
5 - 6	Reise in Amerika III ----- Ein Beitrag von Bonn der Von Fritz Säger, MdB	66

***** VORANKÜNDIGUNG *****

Wir machen darauf aufmerksam, daß wir in unserer Ausgabe vom Montag, den 16. September 1965, ein Interview mit dem Oppositionsführer im Landtag von Schleswig-Holstein, Wilhelm K ä b e r, veröffentlichen werden. Es geht um die Frage:

"UNZULÄNGLICHE POLIZEIAUSRÜSTUNG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN"

Die sozialdemokratische Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein hat die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Situation im Polizeiwesen dieses Bundeslandes gefordert. Da ähnliche Fragen auch in anderen Bundesländern zur Zeit diskutiert werden, dürfte das Interview mit Wilhelm Käber von allgemeinem Interesse sein. - Die Red.

Chefredakteur Günter Kawkecheffel

13. September 1963

Rechtszersplitterung

sp - Artikel 75 und 72 unseres Grundgesetzes bestimmen, daß der Bund für die Rechtsverhältnisse der Presse das Rahmengesetzgebungsrecht u. a. dann hat, "wenn eine Angelegenheit durch die Gesetzgebung einzelner Länder nicht wirksam geregelt werden kann".

Dieses Dilemma hat sich gegenwärtig offensichtlich auf dem Gebiet des Presserechts ergeben. Man erinnere sich: Nach wie vor gilt in der Bundesrepublik das Reichsgesetz über die Presse aus dem Jahre 1874. Nur Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und das Saarland haben nach 1945 Pressegesetze beschlossen, in denen die Rechtsverhältnisse der Presse vollständig, wenn auch unterschiedlich geregelt sind.

Die Tatsache des Nebeneinanderbestehens des Gesetzes von 1874 und der vier Ländergesetze hat eine Rechtszersplitterung zur Folge, die sich besonders auf dem Gebiet der Beschlagnahme und der Zeugnisverweigerung nachteilig bemerkbar macht.

Die Bemühungen der Bundesregierung um ein Bundesrahmengesetz für die Presse in den Jahren 1951 und 1952 scheiterten am einhelligen Widerstand der Presse. Seitdem hat die Bundesregierung darauf verzichtet, sich noch einmal mit der Presse anzulegen. Die Presse ihrerseits zeigte sich auf Grund der Erfahrungen von 1951/52 nicht interessiert an einem Bundesrahmengesetz. Sie erhoffte sich von den Ländern eher eine ihrer Funktion angemessene Gesetzgebung. Die Presse-Organisationen unterstützten deshalb die Bemühungen der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder, einen Modellentwurf für Landespressegesetze zu schaffen. Noch im Januar dieses Jahres, als die letzte Fassung eines solchen Modellentwurfes von den Innenministern verabschiedet worden war, konnte man auf eine einheitliche Pressengesetzgebung für alle Länder hoffen.

Unter dem Eindruck der bei der "Spiegel"-Affäre offen zutage getretenen Mängel, vor allem hinsichtlich Zeugnisverweigerung und Beschlagnahme, stürzten sich Parteien und Ministerien mit Feuereifer auf die Vorbereitung von Entwürfen für Landespressegesetze. Heilige Schwüre wurden abgegeben: man werde nicht vor einem Streit mit dem Bund wegen der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz in Fragen, die zugleich auch das gerichtliche Verfahren betreffen (Zeugnisverweigerungsrecht) zurückschrecken; man werde es gegebenenfalls auf ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht ankommen lassen.

Die Folge der verschiedenen Bemühungen in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz ist ein großer Scherbenhaufen. Nicht nur weichen die Entwürfe in den einzelnen Bestimmungen voneinander ab, es bleibt auch die Frage der Gesetzgebungskompetenz ungeklärt. Aus

13. September 1963

Furcht vor einem Kompetenzkonflikt bleibt in den meisten Ländern die wichtigste Frage, das Zeugnisverweigerungsrecht, unregelt.

In dieser Situation hat die hessische Landesregierung versucht, den Gordischen Knoten durchzuhaufen, indem sie im Bundesrat wenigstens für das Zeugnisverweigerungsrecht eine Novelle zur Strafprozeßordnung einbrachte, die noch in die Beratungen der vom Bundestag bereits in zwei Lesungen behandelten kleinen Strafprozeßreform einbezogen werden soll. Die anderen sozialdemokratisch regierten Länder wollen die Initiative Hessens unterstützen. Es wird nun von der CDU/CSU abhängen, ob diese für die Presse lebenswichtige Frage endlich in befriedigender Weise geregelt werden kann. Nach den Bekundungen des Bundesjustizministers sollte man annehmen, daß die FDP sich positiv verhalten wird.

Unabhängig davon bleibt die Frage offen, wie die vollständige gesetzliche Regelung der Pressematerie erfolgen soll: durch die Länder oder durch ein Bundesrahmengesetz? Die bisherigen Erfahrungen erlauben nicht zu dem Weg über die Länder. Andererseits bleiben die Befürchtungen bestehen, daß der Bundestag in seiner jetzigen Zusammensetzung eine schlechtere Regelung beschließen könnte, als sie z. B. in Hessen besteht. Dürfte man sich auf die letzten Bekundungen der FDP, teilweise auch der CDU/CSU, verlassen, dann brauchte die Presse sich vor einem Bundesgesetz nicht zu scheuen. Leider aber sind solche Bekundungen der Regierungsparteien nicht allzu ernst zu nehmen.

Aber vielleicht beachtet der kommende Bundeskanzler, Professor Erhard, die folgende Warnung, die das Fachorgan des Deutschen Journalistenverbandes, "Der Journalist", in seiner Ausgabe vom September 1963 ausgesprochen hat:

"So steht die Pressegesetzgebung jetzt am Scheideweg. Die Presse selbst hat in den vergangenen Jahren ihre Mitarbeit nicht versagt und mit Geduld auf die endliche Regelung ihrer Rechtsverhältnisse gewartet. Kompetenzfragen zu klären, ist nicht ihre Aufgabe. Bund und Länder aber mögen davon Kenntnis nehmen, daß die Presse nicht gewillt ist, die drohende Rechtszersplitterung stillschweigend hinzunehmen, sondern daß sie eine einheitliche rechtliche Grundlage verlangt, die ihr die Erfüllung ihrer Aufgabe ermöglicht."

+ + -

Der große Betrug

Die "Wahlen" in der Zone - Mißachtung des Selbstbestimmungsrecht
Von Kurt Kattick, MdB

Der Chef der SED, Ulbricht, hat sich in Leipzig auf einer angeblichen Wählerversammlung mit der Frage auseinandergesetzt: "Warum wir wählen", und er begründete das wie folgt:

- * "Wir beraten in unseren Wahlen die Grundsätze der Friedens-
- * politik der Deutschen Demokratischen Republik und ihre kon-
- * kreten Vorschläge zur Beseitigung der Reste des zweiten
- * Weltkrieges und der Normalisierung der Beziehungen zwischen
- * beiden deutschen Staaten.
- *
- * Doch wir beraten in unseren Wahlen nicht nur, hat das werk-
- * tätige Volk die Macht in den Händen, so hängt sein Wohl-
- * stand von seiner Arbeit ab. Die Teilnahme aller Mitglieder
- * der Gesellschaft, in der Arbeit zum Wohle der Gesellschaft
- * und des einzelnen, das ist das Zeichen unserer Freiheit
- * und Menschenwürde."

Wenn die deutsche Sprache noch einen Sinn hat, dann bedeutet das Wort Wahl, eine Entscheidung treffen zu können, also eine Alternative zu haben. In der langen Rede Ulbrichts wird darüber kein Wort gesagt, sondern es kommt zum Ausdruck, daß die ganze sogenannte Wahl nichts weiter als eine Großveranstaltung der SED zum Arbeitsantrieb darstellt. Die ganze Parteimaschine wird in Gang gesetzt, um für Ulbricht und seine Gefolgschaft durch ein großes Betrugsmanöver der westlichen Welt den Eindruck einer vom Volk getragenen Führung vorzutäuschen.

Am 20. Oktober 1946 gab es eine einzige freie Wahl hinter dem eisernen Vorhang, als ganz Berlin seine erste Stadtverordnetenversammlung wählte. Die SED erhielt damals 19,8 Prozent der Stimmen in ganz Berlin.

Bei den letzten Wahlen in Berlin-West am 17. Februar 1963 erhielt die SED, die mindestens in den Westsektoren Berlins die gleiche Bewegungsfreiheit hatte wie die anderen Parteien am 20. Oktober 1946 im Ostsektor unserer Stadt, ganze 1,4 Prozent. Wir gehen von der sicher unumstrittenen Schlussfolgerung aus, daß die SED auch im Ostsektor, wenn dort eine freie Wahl stattfinden würde, kein besseres Ergebnis erreichen würde. Das Gegenteil wäre nur durch eine freie Wahl im Ostsektor und in der Zone zu beweisen. Und gerade diese freie Entscheidung scheut Ulbricht, wie der Teufel das Weihwasser.

Er ist der Chef der SED. Die SED beherrscht den gesamten Machtapparat. Weder die Ost-CDU noch die Bauernpartei, die beide Nebenorganisationen der SED sind, besitzen irgendeinen Grad von Selbständigkeit oder gar das Recht eigener Meinungsbildung. Sie sind Satelliten der SED. Aber die SED ist weder durch einen revolutionären Akt, noch durch irgendeinen demokratischen Vorgang zur Macht gekommen. Sie ist nicht einmal eine selbständige Gründerorganisation, denn sie hat sich mit den Machtmitteln der sowjetischen Besatzung 1946 als Blutsauger an der sozialdemokratischen Partei betätigt.

Dort, wo in Deutschland freie Entscheidungen möglich waren und sind - in der Bundesrepublik - stellte sie eine machtlose Minderheit dar und in Westberlin, wo sie heute noch zugelassen ist, ist sie völlig bedeutungslos. Aber sie bestimmt im Auftrage der sowjetischen Besatzungsmacht über das Leben von 17 Millionen Deutschen. Es ist nicht ihre Macht, Ulbricht trägt den Gessler-Hut. Gegen den Willen der Sowjets kann auch Ulbricht nicht von der SED abgesetzt werden.

Die SED beruft in den Betrieben und Hausgemeinschaften die Wählerversammlungen ein. Dort wurden die Wahlkommissionen gebildet, dort werden die Kandidaten aufgestellt. Es ist undenkbar, daß in die Wahlkommission oder auf die Kandidatenliste jemand kommt, der nicht die Zustimmung der SED-Führung hat.

Die Vorbereitung der Wahl ist also totalitär. Es geht sehr ähnlich wie im dritten Reich zu. Es gibt keine Alternative zu der von der SED genehmigten und zusammengestellten Kandidatenliste.

Es gibt kein Minderheitenrecht. Es gibt keine Opposition zur herrschenden Machtgruppe, die in die sogenannte Wahlvorbereitung eingreifen kann. Es ist keine Gruppe und keine Organisation in der Zone zugelassen, die gegen die nunmehr entstandene Kandidatenliste opponiert, die ein eigenes Programm entwickeln oder eigene Wahlpropaganda betreiben kann.

Nach der Verfassung wird geheim gewählt. Bereits jetzt hat die Bauernpartei ihre Anhänger aufgefordert, geschlossen zum Wahllokal zu gehen und die Stimmen offen abzugeben.

Eine geheime Wahl gibt es also nicht. Der Wähler kann nicht einmal ohne Sorgen um seine Existenz eine ungültige Stimme abgeben. Selbst dort, wo angeblich geheim, d.h., in einer Wahlkabine, die Stimme abgegeben wird, hat der Wähler keine Sicherheit, daß seine Stimmgabe geheim bleibt, denn die Wahlkommission stellt eine Einheit im Auftrage der Führung dar, ERST keinerlei Kontrolle zu und es gibt daher alle Möglichkeit der Manipulation, um den einzelnen Wähler unmerklich zu kontrollieren.

Das ganze ist also ein glatter Betrug, und die Bevölkerung in der sowjetisch besetzten Zone würde sicher ohne viel Aufwand den ganzen Hummel beiseiteschieben, wenn nicht eine halbe Million sowjetischer Soldaten Ulbricht und die SED schützen würden.

Ich bin überzeugt, daß schon bei einer freien Entscheidung und geheimen Abstimmung zwischen Ulbricht und Herlich, der zur Zeit im Zuchthaus sitzt, Ulbricht der Verlierer sein würde.

Die Bevölkerung wird zu Bestätigung einer Politik gezwungen, die sie nicht will und die nicht ihre Interessen vertritt. Die sowjetische Besatzungsmacht versucht, die freie Welt zu täuschen, am 20. Oktober versetzt die Sowjetunion dem Selbstbestimmungsrecht und der UNO-Charta einen neuen Fußtritt.

Hamburger Hafer auf Kundenbesuch

Von Rudolf Hornig

Deutschlands größter Hafer-Hafen Hamburg, der im nächsten Jahr seinen 775. Geburtstag feiert, hat sich trotz seiner Randlage im EWG-Raum und den verheerenden Verwüstungen im letzten Krieg eine führende Position im Europa von heute und im internationalen Seeverkehr erringen können. Dieser Erfolg kam nicht von ungefähr, es steckt eine unendliche und unermüdliche Arbeit dahinter. Diese Arbeit hat nicht nur den Wiederaufbau des Hafens gegolten, sie hat den Hafen zu einem der modernsten und schnellsten der Welt gemacht, sie hat Hamburg zu den größten internationalen Seefrachter in Nordeuropa entwickelt, und sie hat auch zugleich die Beziehungen des Hafens zu seinem Hinterland ständig und mit Verstand gepflegt - zu einem Hinterland, das sich von dem der Vorkriegszeit wegen der Folgen des letzten Krieges so gründlich unterscheidet.

Es kann daher nicht überraschen, daß sich der Hafen Hamburg für die kommenden Herbst- und Wintermonate wieder ein umfangreiches Programm vorgenommen hat, um durch eine Reihe von Informations- und Werbeveranstaltungen die Beziehungen zu seinem Hinterland zu pflegen und zu vertiefen. Die wichtigste Rolle wird dabei das Motor-Schiff "Wappen von Hamburg" spielen, das vom 25. September bis zum 11. Oktober eine Ostseefahrt mit einer hamburgischen Wirtschaftsdelegation unternimmt. Besucht werden die Häfen Helsinki, Leningrad, Stockholm, Gdingen, Göteborg, Oslo und Kopenhagen. Der 50köpfigen Delegation unter Leitung von Senator a. D. Ernst Plate gehören Vertreter der Behörden und der Handelskammer, der Schifffahrt und der Hafenwirtschaft an. An der Reise werden Journalisten, bedeutender deutscher Tages- und Wochenzeitungen, des Rundfunks und des Fernsehens teilnehmen.

Das Motorschiff "Wappen von Hamburg" ist unzähligen deutschen und ausländischen Urlaubsreisenden bekannt geworden, die vor Hamburg in vergangenen und in diesem Jahr eine Fahrt die Elbe abwärts über Cuxhaven nach Helgoland unternommen haben. Das Flaggschiff der Hamburger Seeschwärdienst-Schnellflotte, im Vorjahr in Dienst gestellt, ist 3800 t groß und kann eine Geschwindigkeit von 21,5 Knoten entwickeln. Seine Ausrüstung und Ausstattung ist nicht nur modern, sondern auch so erstklassig und zweckmäßig, daß eine Fahrt mit diesem Schiff zu einem gesunden und ergebnisreichen Erlebnis wird. In seinen Hallen, Speise- und Passagiersalons, Cafés und Veranden verfügt das Schiff über 900 Sitzplätze für seine Passagiere. Es sind auch geräumige Ein- und Zweibett-Kabinen vorhanden, die sich mit den Kabinen jedes modernen Ozeanenschiffes ohne weiteres messen können. "Wappen von Hamburg" wird sicherlich in den Ostseehäfen großen Eindruck machen. Es ist vorgesehen, in den Ostseehäfen die Verhandlungspartner an Bord des Schiffes einzuladen, um den Fachgesprächen einen eindrucksvollen äußeren Rahmen zu geben. Eine ausgezeichnete Werbe-Idee!

Der Besuch der "Kunden im Hinterland" erstreckt sich neben der Goodwill-Reise in die Ostsee (bereits in der ersten Septemberhälfte) auf die Beteiligung an der Wiener Herbstmesse und anschließend auf einen "Hafenabend" in Budapest. Der Hamburger Hafen beteiligt sich ferner an der "Internationalen Schifffahrts-Ausstellung NAVIGARE 63" in Helsinki (13. - 29. September) und an der "Deutschen Industrie-Ausstellung" in Berlin (12. - 27. Oktober). Vom 4. - 6. November sind Hamburger Hafenwirtschaftler und Verpackungsfachleute in Prag, um in mehreren Vorträgen der Rationalisierung des Seegüterverkehrs zu behandeln.

13. September 1963

Reise in Amerika III

Ein Beitrag von Bonn her
Von Fritz Sänger, MdB

Victoria BC. 30. August 1963

Nur wenig gibt es, das der canadische Politiker lieber hört als die Mahnung, doch nicht blind der Politik der USA zu folgen. Solche Parolen, die jetzt aus Deutschland herüberkommen, werden hier verstanden. Sogleich fügte der canadische Freund die Frage hinzu: "Wie wollen Sie aber ohne die Vereinigten Staaten ihre eigene Politik machen?" Es ist nicht "Amerikanismus", nicht "Anglophilie", es ist einfach Vorrurft und Sinn für die gemeinsamen Interessen der freien Welt, aus dem die Frage sich wie von selbst anschlet.

Natürlich habe die Bundesrepublik Deutschland ihre nationalen Interessen im Auge gehabt als sie den Weg in die Welt des Westens wählte. Sie schloß sich der NATO an, schloß sich in die Politik der Entspannung einzufliegen begann. Das weit man hier sehr genau und sagt es ohne Umschweife. Und wieder folgt sogleich ein Aber: "... die Entscheidung hat zur Konsequenz, daß wir auch dann gemeinsam handeln, wenn der eine oder andere das eine oder das andere Mal mehr herzugeben hat als die anderen".

Es ist eine lange Liste von Tatsachen, die im Gespräch mit canadischen Politikern in Erinnerung gerufen werden und die bezeugen, daß auch die anderen Glieder der "Gemeinschaft freier Welt" ihre Opfer gebracht haben. Man fängt keinesfalls mit der Lösung der Kolonial- und der Dominionsfragen an. Aber Korea ist ein Thema und Südostasien ein anderes, Afrika ein drittes, Südamerika ein viertes; Kuba spielt eine nicht unerhebliche Rolle und Formosa nicht minder - und dann gab es auch in Europa viele Probleme, darunter Ungarn mit seiner dramatischen Situation 1956, als hier wohl alle Menschen gefiebert haben und als dann doch die Explosion verhindert wurde. Heute haben die Dinge einen überschaubaren Weg genommen. Es ist ungemein erregend, eine weltpolitische Schau anzuhören, die nicht von den eigenen, den deutschen Bedingungen ausgeht, die sie aber auch nicht ausläßt.

In diesem Gespräch wurde deutlich, wie sehr die Bundesrepublik für Deutschland steht und wie vollgutig sie Mitglied der Gemeinschaft ist. Jedoch, weil sie diese Position in den Augen der tätigen Politiker einnimmt, erwartet man auch etwas von ihr und fühlt sich berechtigt, sie und ihre Politik zu messen. Da gab es rücksichtslose Kritik. Einer

13. September 1963

der Männer hatte eine deutsche Zeitung vor sich und wollte wissen, wie es möglich sei, die deutschen Interessen in Übereinstimmung mit der Frage bringen zu können, ob man besser den Amerikanern (hier fühlt man sich selbst mit einbezogen, auch wenn man Canadianer ist) oder besser mit den Franzosen Politik zu machen habe. "Wie stellen Sie sich denn das praktisch vor? Wie lange wollen sie das aushalten? Warum begreifen Sie nicht, daß schon diese Frage eine Unklugheit ohne Maß ist?" Es darf nicht vergessen werden: sie sind weder "anglo-" noch "americophil", sie denken an die Zukunft, und sie wollen den Frieden erhalten und nicht das Gesicht verlieren.

Hier, jenseits des Ozeans, hören wir es wieder, wie schon vor acht Jahren in Washington: Deutschland hat selbst einen Beitrag zu leisten, Vorschläge zu machen, Pläne vorzulegen, praktische, durchführbare, heute und nicht erst morgen realisierbare Konzepte mit den Freunden zu beraten, um das Problem Frieden in Europa (und das heißt Frieden in der Welt) zu lösen. Dieser Weg führe nur über eine nüchterne Politik des realistischen Ausgleichs mit der nun einmal vorhandenen anderen Machtgruppe. Wenn es auch üblich und vielleicht "klug" ist, diese Tatsache nicht mitzuteilen, ich möchte sie ausdrücklich erwähnen: es fehlte in diesem Zusammenhang bei aller Freundlichkeit und Freundschaft des Gesprächs nicht die Bemerkung, daß jene andere Macht nicht ohne deutsche Mitwirkung in diese Position geraten sei, die Sowjetunion nämlich, die erst durch immer unbegreiflich bleibende deutsche Handlungen nach Mitteleuropa und in die Weltpolitik gelangen konnte.

Die deutsche Regierung bemühe sich, so ist der Eindruck bei diesen Politikern, viel um gute Stimmung im eigenen Lande, weniger aber und zu wenig, um bleibend gute Helfer in anderen Ländern. Tabus in Deutschland seien in der Regel die entscheidenden weltpolitischen Fragen, deren Beantwortung auch von der deutschen Regierung her nötig sei. Diese aber horche mehr auf die Kritik im eigenen Lande als auf die Notwendigkeiten, die sich aus den Tatsachen in der Welt für die deutschen Interessen und Hoffnungen ergäben. Ob wir die Isolierung nicht fürchteten, fragten sie.